

das sechsmal versucht. Bei den jüngsten Fällen Syrien und Iran mag es für ein abschließendes Urteil noch zu früh sein, aber die Beispiele des Irak, Nigerias, des Sudan und Libyens zeigen: So schwer Ölsanktionen durchzusetzen sind, so leicht sind sie zu umgehen.

Sie bewirken andere Konsequenzen als die erwünschten, sie treffen die Beherrschten meist härter als die Herrscher, sie verursachen oft Hunger und Not. Und wenn, wie im Fall Saddam Husseins oder Muammar al-Gaddafis, ein zuvor boykotierter Ölfürst stürzte, war es nicht die Ölwanne, die sein Ende besiegelte.

Auch sind die Ölkonsumenten keineswegs eine homogene Gruppe, wie die geplanten Sanktionen gegen Iran zeigen: Staaten wie Südkorea oder Japan, die jeweils rund zehn Prozent ihres Rohöls aus Iran erhalten, fällt es schwer, kurzfristig Ersatz zu finden. Südkorea hat Verträge mit Teheran, aus denen es nicht einfach

zielt werden“, sagt Fatih Birol, Chefökonom der in Paris ansässigen Internationalen Energieagentur (IEA).

Die Ereignisse des Arabischen Frühlings, so hoffnungsfroh sie die Menschen stimmten, verschärfen schon heute das Investitionsklima in der Region. Die Staaten pumpen ihr Geld lieber in Wohlfahrtsprogramme statt in den Ausbau ihrer Ölindustrie. Die politischen Eliten denken mehr an sich selbst als an die Erfordernisse des Ölmarktes – und je schlechter die Sicherheitslage ist, desto schwieriger wird es, Ingenieure und internationale Fachleute in die Region zu locken.

Sollte es jetzt zu Engpässen kommen, hätten die Golfstaaten allerdings Kapazitäten zum Ausgleich, sagt Birol. „Vor allem Saudi-Arabien, das ich als die Zentralbank des Ölhandels bezeichnen möchte, hat sich in solchen Situationen stets sehr verantwortungsvoll verhalten.“ Auch verfügten die Mitgliedstaaten der

IEA selbst über strategische Reserven, die man im Notfall nutzen könne – sogar über die vertraglich vereinbarten 90 Tage hinaus.

Gleichwohl zweifelt der Ökonom daran, dass die Ölmärkte in nächster Zeit so gut und stabil funktionieren, wie die Konsumenten es sich wünschen. In Zukunft würden sie noch stärker von geopolitischen Interessen beeinflusst als bisher – vor allem im Nahen Osten und zum Nachteil der Europäer: Bereits im Jahr 2015 werde Europa mehr Öl importieren

müssen als Amerika. Bisher hat sich Washington für die Stabilität im Nahen Osten zuständig gefühlt. Künftig werde diese Region für die USA weniger Bedeutung haben als für Europa und China, erwartet Birol: „Europa wird sich an der vordersten Front der Mächte finden, die für die Sicherheit des Ölnachschubs verantwortlich sind.“

Fraglich, ob es unter diesen Umständen für die Europäer sinnvoll ist, sich einem Ölboykott anzuschließen. Historisch hat sich die Ölwanne jedenfalls als untaugliches Instrument erwiesen, sowohl für die Produzenten als auch für die Verbraucher. Beide Seiten sind immer aufeinander angewiesen: Die Erzeuger brauchen das Geld, die Konsumenten den Treibstoff. Die gegenseitige Abhängigkeit ist der Garant dafür, dass die ökonomischen Realitäten am Ende stets einen Ausgleich erzwingen.

Bevor jedoch diese Einsicht reift, müssen die Kontrahenten Opfer bringen: Die Bürger in den Industriestaaten merken es nur beim Tanken, das ein paar Cent mehr kostet. Die Menschen in den Förderländern spüren es auch. Deutlicher: Sie hungern.

ALEXANDER JUNG, BERNHARD ZAND

SCHULDENKRISE

Unmögliche Mission

Griechenlands Rettung wackelt. Das Land verfehlt die Reformziele, die Verhandlungen mit den Banken stocken. Ist ein genereller Schuldenschnitt unvermeidbar?

Zumindest die Kulisse des Schlagabtauschs war glamourös: Die amerikanische Handelskammer hatte Mitte Dezember zur Konferenz ins Athener Hotel InterContinental geladen, auf dem Parkett des Ballsaals stand mit fliegender Krawatte Poul Thomsen. Der Chefgesandte des IWF für Griechenland zog eine bittere Bilanz der Reformanstrengungen: „In den meisten Bereichen liegen die Ergebnisse hinter unseren Erwartungen zurück.“ Hoffnung wurde nicht mal mehr geheuchelt. Als er prognostizierte, dass die Wirtschaft 2012 schrumpfen werde, meldete sich ein empörter Zwischenrufer. „Eure Troika macht uns kaputt!“

Zwei Jahre nach Ausbruch der Krise strebt die griechische Tragödie einem neuen Höhepunkt entgegen. Die Wirtschaftsdaten sind erschütternd, die Reformen kommen nur schleppend voran, jetzt stehen auch die Verhandlungen mit den privaten Gläubigern über einen freiwilligen Forderungsverzicht auf der Kippe.

Eigentlich sollte die griechische Wirtschaft 2011 nur um drei Prozent schrumpfen. Nach aktuellen Berechnungen waren es aber fast sechs. Die Hoffnung, dass die Konjunktur 2012 wieder Tritt fasst, wird sich wohl nicht erfüllen. Es dürfte nochmals abwärtsgehen – im fünften Jahr in Folge. Immer stärker zeichnet sich ab: Ohne einen generellen Schuldenerlass über alle Gläubigergruppen hinweg, von den Privatbanken bis zur EZB, dürfte sich Griechenland kaum befreien können.

Doch die griechische Regierung und die Troika aus EU, IWF und Europäischer Zentralbank sind entschlossen, an ihrer bisherigen Strategie festzuhalten. Nächste Woche wird IWF-Mann Thomsen wieder nach Athen reisen. Und er baut schon einmal Druck auf. Angesichts der miesen Konjunkturaussichten fordert die Troika, die Eckwerte des im Oktober beschlossenen Sanierungsprogramms anzupassen.

Konkret sieht sie drei Möglichkeiten, so geht es aus einem internen Vermerk hervor: Entweder müssten die Griechen mehr sparen, die privaten Gläubiger auf einen größeren Teil ihrer Forderungen verzichten oder die staatlichen Kreditgeber zusätzliches Geld bereitstellen.



Tankstelle im November 1973: Hysterische Reaktionen

aussteigen kann; Japan braucht nach der Katastrophe von Fukushima beträchtlich mehr Öl zum Betrieb seiner Kraftwerke.

Auch die Türkei, die 30 Prozent ihres Ölbedarfs aus Iran bezieht, will ihr Nachbarland nicht vor den Kopf stoßen: Vorigen Mittwoch reiste Außenminister Ahmet Davutoglu kurzfristig nach Teheran; am selben Tag kündigte ein Beamter des Energieministeriums an, Ankara werde Washington bitten, von der Sanktionsregelung ausgenommen zu werden.

Das riesige Indien, das etwa zwölf Prozent seines Ölbedarfs aus iranischen Importen deckt, unterhält engste Beziehungen zu Teheran. China schließlich kritisierte Washingtons Sanktionspläne als anmaßend. Peking, das seine Abhängigkeit von iranischem Öl zuletzt zwar deutlich gesenkt hat, denkt gar nicht daran, sich an dem Boykott zu beteiligen.

Dass mit Iran erneut ein klassischer Ölstaat des Nahen Ostens im Zentrum des Sanktionskrieges steht, erfüllt Experten indes mit Sorge. „Mehr als 90 Prozent des Wachstums in der globalen Ölförderung wird in den kommenden zehn Jahren im Nahen Osten und Nordafrika er-



EU-Politiker José Manuel Barroso, Papademos: Unrealistische Annahmen für die Sanierung

Die Athener Regierung liege weit hinter dem vereinbarten Reformfahrplan zurück, heißt es weiter. Das Versprechen etwa, mehr Steuern einzutreiben, werde nicht ausreichend erfüllt, die Privatisierungserlöse lägen unter den Erwartungen.

Im vergangenen Herbst hatten IWF und EU festgelegt, ein Schuldenstand von höchstens 120 Prozent der Wirtschaftsleistung sei für Griechenland tragbar. Auf dieses Niveau sollten die Verbindlichkeiten bis 2020 reduziert werden, später noch weiter. Doch mittlerweile ahnt der IWF, dass das nicht zu schaffen ist. Dabei könnten selbst 120 Prozent zu viel sein.

Schwellenländer, so schrieben Ökonomen des Währungsfonds im August vergangenen Jahres, könnten auf Dauer maximal Schulden in Höhe von 63 bis 78

Prozent der Wirtschaftsleistung tragen. „Dass Griechenland von seiner Struktur her eher als Schwellenland einzustufen ist, dämmert den IWF-Leuten offenbar erst jetzt, da sie Tag für Tag vor Ort mit der Realität konfrontiert sind“, sagt ein hochrangiger Bundesbanker.

Wie unrealistisch die Annahme der Troika war, zeigt eine Studie des Ökonomen Henning Klodt vom Kieler Institut für Weltwirtschaft. Er hat errechnet, wie sehr die laufenden Einnahmen im griechischen Haushalt dessen Ausgaben übersteigen müssen, um die Schulden in den Griff zu bekommen. Das Fazit: Selbst bei deutlich niedrigeren Zinsen und geradezu euphorischen Annahmen über die Konjunktur müsste der Überschuss mehr als zehn Prozent des Bruttoinlandsprodukts entsprechen – ein Wert, den laut Klodt in den vergangenen Jahrzehnten kein Industrieland je erreicht hat.

„Bereits bei der Verabschiedung des jüngsten Sanierungsprogramms war klar, dass die Annahmen unrealistisch sind“, sagt der Oxford-Ökonom Clemens Fuest, Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats beim Bundesfinanzministerium. Wenn es erneut zu einer Anpassung der Zahlen nach unten komme, mache sich die Troika ein weiteres Stück ehrlicher.

Doch so ehrlich, sich das Unmögliche der eigenen Mission einzugestehen, ist die Troika nicht. Stattdessen spielt sie weiter auf Zeit und setzt vor allem auf ein Einlenken der privaten Gläubiger.

Bis Mitte Januar, so plant Ministerpräsident Loukas Papademos, sollen die Verhandlungen über einen Forderungsverzicht abgeschlossen sein. Sonst, so droht er, stehe Griechenland im März unmittelbar vor der Gefahr einer ungeordneten Pleite. Dann nämlich werden Schulden in Höhe von 17,5 Milliarden Euro fällig.

Doch die Verhandlungen zwischen Griechenland und den vom internationalen Bankenverband IIF vertretenen Finanzkonzernen stehen auf der Kippe. Zwar erklärte IIF-Chef Charles Dallara jüngst, man mache Fortschritte. Zugleich machte er klar, dass die Gläubiger nicht über den anvisierten Schnitt von 50 Prozent hinausgehen wollten.

Andere Teilnehmer sind noch pessimistischer. „Es gibt noch nicht einmal eine gemeinsame Verhandlungsposition der Gläubiger“, sagt der Vertreter einer beteiligten deutschen Bank.

Wie auch, haben doch die Investoren höchst unterschiedliche Interessen. So haben sich Hedgefonds sogar noch in großem Stil mit Anleihen eingedeckt, für die teils schon im März Zahltag ist. An einer Umschuldung haben sie kein Interesse. Bis zu 50 Milliarden Euro könnten insgesamt bei spekulativen Investoren liegen, schätzen Insider. Banker wie Commerzbank-Chef Martin Blessing wiederum halten einen auf die privaten Gläubiger beschränkten Verzicht ohnehin für falsch.

„Der IWF fordert bis zu 90 Prozent Erlass“, klagt ein Banker. Aus Kreisen des IWF wird das dementiert. Bei einem so hohen Schnitt besteht selbst bei einer Einigung der Verhandlungsführer die Gefahr, dass nicht genügend Gläubiger mitmachen, um die angepeilte Schuldenquote von 120 Prozent zu erreichen.

Experten sind überzeugt: Eine echte finanzielle Erleichterung für Griechenland gäbe es nur bei einem generellen Forderungsverzicht. Dann allerdings ließe sich die Fassade einer freiwilligen Umschuldung nicht aufrechterhalten. Europas Regierungen sowie die EZB müssten dann erhebliche Verluste in Kauf nehmen, Griechenland drohte das Ausscheiden aus der Euro-Zone, und die Spekulation auf andere Wackelkandidaten könnte eskalieren.

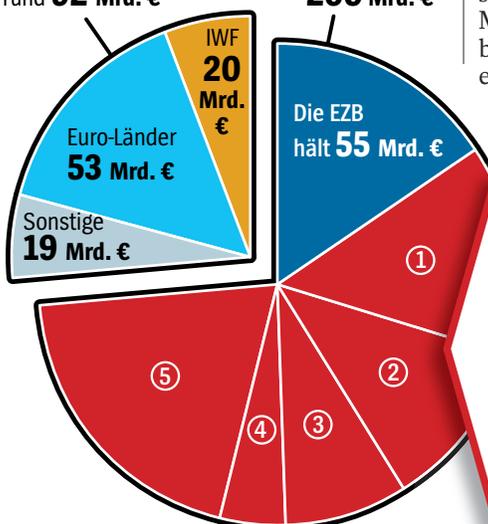
Dennoch wächst auch bei deutschen Politikern die Erkenntnis, dass sich die bisherige Strategie nicht durchhalten lässt. „Gut möglich, dass wir den Griechen auch Schulden erlassen müssen“, sagt der Grünen-Finanzpolitiker Gerhard Schick. „Es ist ja nicht sinnvoll, Forderungen aufrechtzuerhalten, die nicht zu erfüllen sind.“

Griechenlands Gläubiger

Athens Schulden belaufen sich auf 352 Mrd. €

Kredite für Griechenland:
rund **92 Mrd. €**

Griechische Staatsanleihen:
260 Mrd. €



205 Mrd. €

sollen umgeschuldet werden, davon liegen

- ① 50 Mrd. € bei griechischen Banken,
- ② 40 Mrd. € bei anderen europäischen Banken,
- ③ 30 Mrd. € bei griechischen Sozialversicherungsfonds,
- ④ 15 Mrd. € bei europäischen Versicherungen sowie
- ⑤ 70 Mrd. € bei Investmentfonds, Pensions-, Staats- und Hedgefonds

Quellen: Griechisches Finanzministerium, EU-Kommission, eigene Recherchen

SVEN BÖLL, MARTIN HESSE, JULIA AMALIA HEYER